

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

fast schon zwangsläufig wird sich diese Ausgabe des POLIZEISPIEGELS mit dem überstrahlenden Thema „Flüchtlinge“ befassen. Naturgemäß wird ein Gewerkschaftsorgan nicht tagesaktuell berichten können, wobei sich die Lage aber täglich, manchmal stündlich ändert.

Trotzdem versuchen wir eine Bestandsaufnahme.

Eine typische Szene war in einer Folge des Schleswig-Holstein Magazins auf N3 zu sehen. Polizeiauszubildende schleppen Mobiliar, um eine Erstaufnahme startklar zu bekommen, und LPD Joachim Gutt antwortet auf Pressefrage: „Wir reden nicht, wir machen!“

Genau das ist es, was uns von vielen anderen Verwaltungen unterscheidet. Wir sind es schlicht und ergreifend gewohnt, flexibel auf noch so große Herausforderungen zu reagieren. Wir Polizisten sind es gewohnt, bei Erforderlichkeit sofort auf Krisenmodus umzuschalten und anzupa-

cken, ohne auf die Uhr und in die Zuständigkeitsverordnung zu schauen.

Sehr schnell wurde klar, dass die polizeiliche Alltagsorganisation wird reagieren müssen, um alle Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer Polizeidienststelle zu versehen. Und es gab überall Kolleginnen und Kollegen, die für diese Aufgaben zu begeistern waren. Ganz selbstverständlich fuhren die Kollegen, die für die EAE Eggebek vorgesehen waren, in die EAE Seeth, die quasi über Nacht aus

dem Boden gestampft wurde. Kolleginnen und Kollegen stehen am Wochenende und nachts zur Verfügung, um ankommende Flüchtlinge in Empfang zu nehmen und mit Bussen dorthin zu transportieren, wo die Flüchtlinge dann registriert werden können. Und überall sieht man nette Gesten, empathische Kolleginnen und Kollegen. Flüchtlinge berichten von freundlichen deutschen Polizisten, bei denen sie sich endlich, nach vielen Monaten der Flucht, sicher fühlen. Nicht zu vergessen auch, dass die Polizeiliegenschaft in Kiebitzhörn vorübergehend zu einer Flüchtlingsunterkunft umgewidmet wurde. Fortbildung muss eben anderweitig stattfinden oder aufgeschoben werden.

Es ist wieder so, wie es immer ist. Man macht eben doch das Unmögliche möglich. Konsequenterweise hat sich das In-



> Torsten Gronau

nenministerium entschieden, die „BAO Flüchtlinge“ der Polizei übertragen, wo sie auch in guten Händen ist.

Aber trotzdem muss man doch dann nicht nur machen, sondern auch reden. Fakt ist, dass die am „Grünen Tisch“ auserkorenen Personalstreichungskonzepte Makulatur sind, deren Umsetzung niemand ernsthaft erwägen kann. Wir wissen, dass der Staat in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen wird unternehmen müssen, um diese Neubürger in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir wissen überhaupt nicht, wie sich die Sicherheitslage entwickeln wird. Eine auf Kante genähte Polizei, die mit Mühe und Not das Alltagsgeschäft erledigen kann, wird nicht die Basis für ein Sicherheitskonzept der nächsten Jahre sein können.

Auf den Staat kommen erhebliche Anstrengungen zu, die personell und finanziell zu hinterlegen sind. Bei aller Euphorie darf man davon nicht besoffen werden. Neben vielen Chancen werden auch viele Probleme zu lösen sein.

Insofern müssen die Personal-kürzungspläne alle auf null.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*



#### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg-sh](http://www.facebook.com/dpolg-sh)



ISSN 0937-4841

## Landesunterkunft für Flüchtlinge in Albersdorf

Quasi „von heute auf morgen“ wurde in der ehemaligen Kasernenanlage „Dithmarsenpark“ in Albersdorf eine Unterbringungsmöglichkeit für Asyl suchende Flüchtlinge geschaffen.

Das stellte für eiligst zusammengetrommelten Helfergruppen (DRK, Feuerwehr, ehrenamtliche Helfer) und auch die Polizei eine gewaltige Herausforderung dar.

Innerhalb kürzester Zeit wurde vor Ort eine neue Polizeidienststelle eingerichtet und mit dem nötigen Equipment ausgestattet. Als Räumlichkeit für die neue PSt konnten Teile des bereits in unmittelbarer Nähe befindlichen Einsatztrainingszentrums der PD Itzehoe genutzt werden.

Nachdem zunächst nur von einer kurzfristigen Unterbringung der großen Anzahl von Flüchtlingen bis zum 14. September 2015 die Rede war, steht nun mittlerweile fest, dass der Dithmarsenpark nun

doch längerfristig, vermutlich für mehrere Jahre, als Landesunterkunft genutzt werden wird.

Mittlerweile verrichten fünf Beamte/Beamtinnen ihren Dienst in der Polizeistation LUK Albersdorf.



DPOIG SH



DPOIG SH



DPOIG SH

Sie berichten von einer völlig anderen Tätigkeit, die mit der Polizeiarbeit im eigentlichen Sinne nicht viel zu tun hat.

Sie sind voll motiviert und leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Beruhigung der Spannungen, die in einer solchen Unterkunft mit vielen

Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur nun einmal auftreten.

Mittlerweile ist die Zahl der dort untergebrachten Flüchtlinge auf etwa 500 angestiegen und kommt damit an die absolute Obergrenze der Unterbringungsmöglichkeiten.

Beruhigend ist, dass eine mancherorts befürchtete Zunahme von Straftaten im Umfeld der Unterkunft bisher in keiner Weise eingetreten ist.

An dieser Stelle soll jedoch auch nicht verheimlicht werden, dass die Einrichtung einer solchen Unterkunft die gesamte PD Itzehoe an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Schließlich wird die gesamte Manpower (Personal für die Polizeistation vor Ort, aber auch für die zusätzlich bereitzustellenden Präsenzstreifen) zukünftig aus dem eigenen Personalbestand zu bestücken sein.

Zusätzliches Personal wird es für diese zusätzliche Aufgabe auf absehbare Zeit wohl nicht geben.

Der „normale“ Dienstbetrieb muss nebenher jedoch trotzdem weiterlaufen, Sondereinsätze pp. sind weiterhin mit Personal zu hinterlegen.

Die Grenzen des überhaupt noch Machbaren sind erreicht!

Bisher wurde nicht bekannt, welche Aufgaben als Ausgleich zukünftig nicht mehr erledigt werden sollen.

*Frank Hesse,  
KV Itzehoe*

## DPoIG-Gartenbank

# Ein Platz an der Sonne

Auf Anregung eines Kollegen beschlossen die Mitglieder des Kreisverbands Itzehoe auf ihrer letzten Jahreshauptversammlung die Anschaffung von Gartenbänken, die den drei Polizeirevierern der PD Itzehoe zur Verfügung gestellt werden sollten.

Schließlich waren auf keinem der Reviere Sitzmöbel für den Außenbereich der Dienststellen vorhanden.

Um den Kollegen und Kolleginnen der drei Standorte nun eine Möglichkeit zu

schaffen, während ihrer Pause vielleicht kurz ein paar Sonnenstrahlen zu erhaschen, wurde der Beschluss schnellstmöglich umgesetzt und drei rustikale Holzgartenbänke beschafft.

Mittlerweile sind sie an ihren zukünftigen Standorten in Itzehoe, Heide und Brunsbüttel angekommen und werden eifrig genutzt.

So steht nun allen Mitarbeitern auf diesen Dienststellen ein „Platz an der Sonne“ zur Verfügung.



► Kollegen des PR Brunsbüttel auf ihrer neuen DPoIG-Bank

## Tagegeld soll wieder gezahlt werden

In den letzten Monaten gab es einige Verwirrung zum Thema Tagegeld bei über achtstündiger Abwesenheit von der Dienststelle. Bei einigen Dienststellen wurde dieses Tagegeld anstandslos gezahlt, wenn aufgrund der besonderen Form der Dienstverrichtung eine Abwesenheit von der Dienststelle anfiel, die länger als acht Stunden andauerte. Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts musste diese Zahlung aufgrund der derzeitigen Rechtslage für viele Kollegen eingestellt werden. Derzeit ist eine Gesetzesänderung in Planung, die diese Zahlung dann wieder ermöglichen soll. Im Stellungnahmeverfahren äußerte sich die DPoIG wie folgt:

„Die DPoIG begrüßt die geplante Änderung. Sie schließt eine Lücke, die durch Rechtsprechung des Bundesver-

waltungsgerichts entstanden ist.

Das Tagegeld wurde bis zur BVerwG-Rechtsprechung ausbezahlt an Polizeikräfte, die durch ihre besondere Form der Dienstverrichtung länger als acht Stunden von ihrer Dienststelle abwesend waren. Hierdurch entsteht regelmäßig Mehrbedarf zum Beispiel durch Verpflegung außerhalb. Bei Fahrtätigkeiten sind Unterbrechungen zur Erhaltung der Fahrtüchtigkeit erforderlich. Insofern war die Zahlung von Tagegeld bei mehr als achtstündiger Abwesenheit sachlich stets gerechtfertigt. Hierbei handelt es sich um eine vergleichsweise überschaubare Personengruppe, zum Beispiel landesweit tätige Verkehrsüberwachungsdienststellen, Fahrten anlässlich der Begleitung von Schwertransporten, Abschiebungen oder

Observationseinsätze von Zivilen Streifenkommandos.

Nach Rechtskraft des Bundesverwaltungsgerichtsurteils wurde die Zahlung ausgesetzt. Die Neufassung des § 84 LBG in der vorgelegten Form ist geeignet, den alten Stand wiederherzustellen, was sachlich auch gerechtfertigt ist.

Wünschenswert wäre allerdings eine bundeseinheitliche Regelung, um ungleiche Behandlungen von Einsatzkräften verschiedener Bundesländer zu vermeiden.“

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

### Nächste Erhöhung DuZ kommt zum 1. Januar 2016

Lange Jahre wurden die Sätze für Dienst zu ungünstigen Zeiten nicht geändert. Die von der Politik avisierte Erhöhung auf 3,50 Euro pro Stunde ist nun ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Die DPoIG hatte die Möglichkeit, sich im Stellungnahmeverfahren zum Haushaltsbegleitgesetz einzubringen.

Die erneute Erhöhung ist, wenn auch moderat, ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Eine halbwegs akzeptable Vergütung für Dienst zu ungünstigen Zeiten, also Nacht- und Wochenenddienste, fängt ab 5 Euro an. Insofern hat die Landesregierung noch deutlich Luft für weitere Verbesserungen. Eine ordentliche Bezahlung des Schichtdienstes ist ein wesentliches Merkmal für die Wertschätzung dieses schweren Dienstes.

*Torsten Gronau*



## Flüchtlingskrise

# „Die Polizei bekommt alles vor die Füße geworfen“

*... so kommentierte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt in einem Interview mit dem Nachrichtensender n-tv Ende August 2015 die zu diesem Zeitpunkt schon einige Wochen herrschende Flüchtlingskrise in Deutschland.*

Treffender hätte man es kaum sagen können, und Rainer Wendt hatte wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen!

Über die nur scheinbar plötzlich über Deutschland hereinbrechenden Flüchtlingsströme der Menschen aus Syrien, Afghanistan, aber eben auch den Balkanstaaten mitten in Europa, war die Politik offensichtlich vollkommen überrascht und reagiert überwiegend konzeptlos und teilweise mit Aktionismus.

Die in Deutschland angekommenen Flüchtlinge, welche teils vor Verfolgung und Krieg in ihren Heimatländern fliehen, suchen bei uns ihr Heil beziehungsweise wenigstens ein sicheres und besseres Leben. Nicht wenige kommen aber auch aus wirtschaftlichen Erwägungen (jedoch ebenso unter dem scheinbar schützenden Dach des Asylrechts) nach Deutschland, um der Armut und Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern zu entgehen.

Während das grundgesetzlich verbrieft Asylrecht Menschen, die politisch oder religiös in ihren Herkunftsländern verfolgt werden oder wegen des dort herrschenden Krieges um ihr Leben fürchten müssen, niemand infrage stellt und es unter allen Demokraten in Deutschland ein selbstverständlicher Konsens ist, solchen Menschen Zuflucht und ein Bleiberecht zu gewähren, trennt sich bei den „Wirtschaftsflüchtlings“ aus den Balkanstaaten die Spreu vom Weizen.

Darf man in der deutschen Öffentlichkeit überhaupt die Frage stellen, ob es sinnvoll wäre, bei den Flüchtlingen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern in Südosteuropa (überwiegend sogar EU-Beitrittskandidaten), wo es weder politische Verfolgung noch Krieg gibt, diese bereits an der Grenze zurückzuweisen oder wenigstens in gesonderten Sammelunterkünften grenznah zu belassen? Hier könnte man den Asylantrag dieser Menschen ohne Bleibeperspektive in einem beschleunigten Verfahren prüfen, dessen Ausgang (die Ablehnung des Antrages) ohnehin weitgehend klar ist.

Wer es öffentlich derzeit auch nur wagt, Bedenken gegen den weitgehend unkontrollierten und ungefilterten Zuzug von geschätzt 800 000 Menschen nach Deutschland unter dem Dach des Asylrechts allein im Jahr 2015 zu äußern, wird von der veröffentlichten Meinung (Presse und weite Teile der Politik) schnell und fast reflexartig als fremdenfeindlich oder gar rassistisch bezeichnet.

Selbstverständlich ist die Flüchtlingskrise nicht nur ein politisches Thema, sondern eines, was ganz praktisch alle Behörden und Institutionen angeht und direkt betrifft, die sich um die Registrierung, Unterbringung, Versorgung und nicht zuletzt auch die Sicherheit der vielen Hunderttausend Flüchtlinge kümmern. Schlussendlich ist das für das Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angesichts der täglich wachsenden Berge von Anträgen nahezu hoffnungslos überlastet und auch die überstürzte Zusage der Politik der zusätzlichen Einstellung von einigen Hundert „Entscheidern“ wird daran wenig ändern.

Jedoch nicht nur das BAMF ist überlastet und droht „abzusaufen“ – auch die für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zuständigen Landes- und Kommunalbehörden melden „Land unter“.

Neben der Finanzierung, die für die Länder und Kommunen ein großes Problem sowie politischer Streitfall ist, sind es auch ganz praktische Dinge wie die Beschaffung von Wohnraum, Kleidung sowie die Sicherstellung von medizinischer Versorgung, die die Behörden vor riesige Probleme stellen.

Nicht unerwähnt bleiben darf bei dem Thema selbstverständlich auch das sicherheitsrelevante Problem. Vorwiegend in den ostdeutschen Ländern, aber gelegentlich auch im Westteil Deutschlands treten offen marodierende und randalierende Rechtsradikale vor den Flüchtlingsunterkünften auf. Nicht selten werden diese auch noch von verunsicherten, aber mittlerweile enthemmten Bürgern (sogenannte „Schaulustige“) unterstützt. Vor offener Gewalt gegen eingesetzte Polizeibeamte wird hier oft nicht mehr zurückgeschreckt.

Auch die steigende Anzahl der Brandanschläge auf Asylbewerberheime und sonstige fremdenfeindliche Straftaten stellen die Polizei vor große Herausforderungen. Schnell wird der Ruf aus der Politik laut, die Polizei möge doch bitte alle Unterkünfte von Asylbewerbern möglichst lückenlos und rund um die Uhr schützen.

Dass genau das angesichts der vielfältigen anderen Aufgaben der Polizei wie beispielhaft die Bekämpfung der Einbruchskriminalität, vielfältige Sondereinsätze bei Fußballspielen und Demonstrationen sowie gleichzeitiger Personalknappheit auch bei größter Anstrengung völlig unmöglich ist, ist jedem Polizeibeamten klar.

In diesem Zusammenhang dürfte es (fast) müßig sein darauf hinzuweisen, dass der von der Kieler Landesregierung trotz aller Bedenken und Proteste vorangetriebene Personalabbau sich nun rächt und uns allen vor die Füße fällt. Die von Innenminister Stefan Studt (SPD) noch vor wenigen Monaten geäußerte Zusage „Zusätzliche Aufgaben nur mit zusätzlichem Personal“ erscheint auch in diesem Zusammenhang als unhaltbar und kann getrost zu den Akten gelegt werden. Wo ist denn das zusätzliche Personal für den Schutz der Flüchtlingsunterkünfte, Aufklärung der in diesem Zusammenhang auftretenden Straftaten sowie für die vom Minister zusätzlich verordnete Unterstützung der Landes- und Kommunalbehörden bei der Erstaufnahme der Asylbewerber?

Hierzu geäußerte Verweise aus dem Kieler Ministerium auf erhöhte Einstellungszahlen von Polizeianwärtern in 2015 und eventuell auch 2016 sind wenig hilfreich und ebenso unzutreffend. Denn dieses „zusätzliche Personal“ steht der Landespolizei frühestens ab 2018 zur Verfügung.

Wieder einmal ist es die Polizei, die die Kohlen für andere aus dem Feuer holen muss und ausbaden muss, was die Politik angerichtet hat sowie andere Behörden nicht leisten können oder wollen.

Wir Polizisten sind es ja gewohnt zu improvisieren und das eigentlich Unmögliche doch irgendwie möglich zu machen. Wir sind es gewohnt, die „Feuerwehr“ zu sein, wenn andere Behörden ihre originären Aufgaben nicht erfüllen können oder schlicht auf uns abschieben. Und so ist es auch jetzt wieder, wenn aus dem Bestand des ohnehin zu wenig vorhandenen Personals der Landespolizei Beamte abgezogen werden, um eine BAO im Landespolizeiamt zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aus dem Boden zu stampfen und zahlreiche Polizeibeamte für den Schutz der Erstaufnahmeeinrichtungen im Land dauerhaft abgestellt werden.

Wann wird die Politik endlich begreifen, dass auch die Ressourcen der Polizei nicht unerschöpflich sind? Die Belastungsgrenze der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Land ist nicht nur erreicht, sie ist längst überschritten! Die Rücknahme der Pläne zur Personaleinsparung bei der Polizei durch die Kieler Landesregierung wäre nur ein erster Schritt in die richtige Richtung – weitere sind unausweichlich.

*Kommentar von  
Thomas Nommensen,  
Stellvertretender Landesvorsitzender*